



Sämtliche Kinderschutzorganisationen sind alarmiert: Sollte es wirklich wieder zu einer Anzeigepflicht beim Verdacht auf Miss-handlung oder Missbrauch kommen, werde das die Situation der Opfer noch schlimmer machen. Bild: SNWWW.BILDERBOX.COM

# Breite Front gegen Anzeigepflicht

**Die Kinderschutzvereine warnen: Müsse jeder Verdacht auf Missbrauch oder Misshandlung angezeigt werden, wäre das „eine Katastrophe“.**

WIEN (SN-i.b.). Zwischen dem Warnruf der Kinderschutzorganisationen und der beschwichtigenden Reaktion des Justizministeriums lagen am Montag nur ein paar Stunden. Da ließ Justizministerin Maria Berger (SPÖ) ausrichten, dass man „sicher nicht versuchen werde“, den Gesetzesentwurf „mit aller Kraft durchzuboxen“. Die Kinderschutzorganisationen sind freilich schon darüber höchst alarmiert, dass die Wiedereinführung der generellen Anzeigepflicht im Verdacht von Kindesmissbrauch oder -misshandlung überhaupt in den Entwurf aufgenommen wurde.

Schließlich sei man bei einem runden Tisch im Justizministerium Anfang März zum Schluss gekom-

men, dass ein Zwang zur Anzeige „eine Katastrophe für die betroffenen Kinder wäre“ (Georg Dimitz, Berufsverband Diplomierter SozialarbeiterInnen).

An der Argumentation der Kinderschützer – von namhaften Kinder- und Jugendärzten und -psychiatern über die Kinder- und Jugendanwaltschaften bis zu Hilfsorganisationen wie etwa SOS-Kinderdorf – hat sich nie etwas geändert: Werde die derzeitige Möglichkeit, ohne Druck ein Vertrauensverhältnis zu den betroffenen Kindern aufzubauen, durch eine Pflicht zur sofortigen Anzeige des Täters zunichte gemacht, verschlimmere das die ohnehin entsetzliche Lage der Kinder, die in ihrer Familie missbraucht oder misshandelt würden. Sie seien in einem ungeheuerlichen Zwiespalt: Einerseits empfänden sie die Gewalt als normal, andererseits hätten sie Angst, dass es zu dem kommt, womit ihnen der Täter – oft ist es der eigene Vater oder Stiefvater – droht: Dass ihnen sowieso keiner glaubt und dass sie ins Heim müssten. Deshalb sei es für diese

Kinder entscheidend, dass man ihnen Vertraulichkeit zusichern und ihnen Rückhalt geben könne. Besonders in der sensiblen Aufdeckungsphase, in denen die Täter normalerweise den Druck auf ihre Opfer erhöhen. Auch ohne Anzeigepflicht seien viele Kinder der enormen Belastung nicht gewachsen und machten Rückzieher.

Was die Kinderschützer außerdem befürchten: Dass auf der einen Seite Eltern, die wegen totaler Überforderung handgreiflich gegenüber ihren Kindern wurden, aus Angst vor einer Anzeige nicht mehr zum Arzt gehen. Und dass es auf der anderen Seite zu einer Flut von angezeigten Fällen kommt, die man besser ohne Polizei gelöst hätte. Die Sensibilität der Bevölkerung sei endlich gestiegen, allein in Wien seien zuletzt etwa 11.000 Verdachtsfälle an die Jugendämter gemeldet worden. Die begännen dann mit einer Abklärung und böten den Familien Hilfe an. Warum dieses ins Funktionieren kommende System zerstören, anstatt massiv zu fördern, fragen die Kinderschützer.